

# Inhaltsverzeichnis

Ziffern in spitzen Klammern ( ) geben die Nummern der ausführlicher dargestellten Fälle an

Vorwort	11
1 Subventionen und Subventionskriminalität in der heutigen Finanzwirtschaft	13
Art und Umfang der Subventionen – Wirkung («Inzidenz») der Subventionen – Subventionsbegriff – Subventionskriminalität als Wirtschaftskriminalität	
2 Grundlagen der Materialerhebung und Materialauswertung	30
2.1 Auswahl des Untersuchungsmaterials	30
Schwierigkeiten der Beschaffung – Methodisch-statistische Unzulänglichkeiten – Außerstrafrechtliche Kontrollen	
2.2 Strafrechtliche Zielsetzung und Begrenzung der Untersuchung	41
Grundsätzliche Beschränkung auf Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht – Partielle Einbeziehung des Wirtschafts(verwaltungs)rechts – Einflüsse der Wirtschafts(rechts)politik und der Wirtschaftswissenschaften – Methode der Einzeldarstellungen in Kapitel 3	
3 Die Erschleichung von Subventionen in einzelnen Bereichen der Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik	47
3.1 Wirtschaftspolitische Subventionen	47
3.11 Landwirtschaft	47
3.111 Produktgebundene Subventionen	47
3.111.1 Förderung des Rapsanbaus	47
Nachkriegszeit (1948–1950): Das Verfahren des Ölmühlen-Preisausgleichs. Großverfahren wegen Subventionsbetruges (1) – Nationale Marktordnungszeit (1951–1966): Festpreisgarantie und Beimischungszwang als Sonderform der Subventionierung. Großverfahren wegen Marktordnungsbetruges (2)	
3.111.2 Eiersubventionierung	63
Zielsetzung und Mittel der Eierförderung (1956–1963) – Übersicht über die Typen der Subventionserschleichung – Subventionen für nichtgestempelte Eier («Blankeier»): Kriminalitätsursachen. Typische Einzelfälle (3–5) – Subventionierung unsortierter Eier: Kriminalistische Schwierigkeiten. Einzelne Strafverfahren (6) – Mehrfachsubventionierung («Karusselleier») (7–8) – Subventionierung nicht vorhandener Eier («Lufteier») (9–11)	
3.111.3 Subventionierung von Milch und Milcherzeugnissen nach EWG-Recht (Übergangszeit 1964–1968)	97
Preisregulierung gegenüber dritten Ländern: Erstattungszahlung bei der Ausfuhr, Abschöpfung(sfreiheit) bei der Einfuhr – Erschleichung von Ausfuhrerstattungen für Magermilchpulver (12) – «Kreisverkehr» mit Butterschmalz (13–14) – Abschöpfungshinterziehung bei Butterfett-Import (15)	
3.111.4 Subventionierung von Schweinefleisch nach EWG-Recht (Übergangszeit 1962–1967)	120
Die Erstattungsregelung nach der Futtergetreidekosteninzidenz – Normative Subventionsvoraussetzungen und Betrugsverdacht bei angeblichen Drittlandexporten (16)	

3.111.5	Nationale Marktordnung für Zucker (1951-1967) Das Abschöpfungs-system für Zuckerimporte - Insbesondere die Begriffe des Einführers und des Zuckers - Erschleichung der Abschöpfungs-freiheit für Zucker- importe (17)	129
3.111.6	Getreidesubventionierung Nationale Marktordnungszeit (1951-1962) - EWG-Marktordnung (Übergangszeit 1962-1967) - Einzelfälle und Typik: Täuschung über Beschaffenheit und Herkunft der Ware (18-19). Ausnutzung der Marktordnungsgesetzgebung durch bran- denfremde Betrüger (20). «Süddeutscher Getreideskandal» und verwandte Fälle, insbes. «Kreisverkehr» (21-25). Erschleichung von Zuwendungen für die Her- stellung von Mahlerzeugnissen aus Weizen (26)	136
3.111.7	Ausfuhrerstattungen in den EWG-Marktordnungen für Fleisch (seit 1968) Rechtsgrundlagen: Ausfuhr von Rindervierteln nach der EWG-Marktordnung. Ausfuhrvergütung für Kälber aus Anlaß einer DM-Aufwertung - Ausnutzung von Verordnungslücken bei der Ausfuhr von sog. quartiers compensés (27) - Ge- wichtsm Manipulationen beim Kälberexport (28)	172
3.112	Struktur- und Investitionssubventionen	177
3.112.1	Ausmerzung von Rindertuberkulose und Rinderbrucellose (Nordrhein-Westfalen) Zielsetzung der Beihilfen - Das Tilgungsverfahren: Tuberkulose-Tilgung, Bru- cellose-Tilgung - Einzelheiten der Vergabe - Betrugstypen (29-30)	178
3.112.2	Förderung der Bodenmelioration durch Dränung (Schleswig-Holstein) Der Dränungszuschuß als Investitionshilfe - Rechtsgrundlagen und Vergabever- fahren - Falldarstellung (31)	185
3.112.3	Betriebsmittelverbilligung durch den Bund (Dieselkraftstoff) Subventionszweck - Rechtsgrundlagen und Vergabetechnik - Kriminalitätstyp- pen: Gleichzeitige Verwirklichung von Steuerhinterziehung und Subventions- betrug (32). Verfälschung von Belegen (33). Nichtabsetzen von gewerblichen Milchfuhrern (34). Nichtabsetzen unverbrauchter Gasölmengen (35). Doppel- einreichung von Rechnungen (36). Gefälligkeitsrechnungen (37)	188
3.112.4	Investitionsbeihilfen (einschließlich EWG-Anpassungs- beihilfen) Ziele der EWG-Anpassungshilfen (1966-1969) - Rechtsgrundlage und Vergabe- technik, insbes. der Betriebsentwicklungsplan - Fallgruppen des Betruges und der Beihilfe zum Betrug: Gefälligkeitszweitrechnungen (38-39). Gefälligkeits- rechnungen für nicht erbrachte Leistungen («Luftgeschäfte») (40). Verfälschung von Belegen (41). Unrichtige Bestandsangaben (42). Fiktive Maschinenringe (43). Viehaufstockungen - Typische Einlassungen der Beschuldigten: Typische Einlassungen des eine Gefälligkeitsrechnung ausstellenden Händlers (44). Typi- sche Einlassungen der beschuldigten Landwirte (45). - Verfahrenseinstellungen (46)	195
3.112.5	Zinsverbilligte Kredite Wirtschaftliche Funktion der Kreditverbilligung - Ausgestaltung des Bewilli- gungsverfahrens - Typische Kriminalitätsformen (47-49)	205
3.112.6	Die 1. Stilllegungsaktion in der Mühlenwirtschaft Zweck und Verfahren der 1. Stilllegungsaktion Subventionserschleichung und Untreue durch Falschangaben über die Mühlenkapazität (50)	210
3.113	Strukturgemeinschaften der Subventionskriminalität auf landwirtschaftlichem Sektor	215
3.113.1	Mehrfachsubventionierung («Karussell-Objekte»)	216
3.113.2	Subventionierung von Scheinprodukten und Scheinkosten («Luft-Objekte»)	217
3.113.3	Subventionskriminalität und Zeifaktor	218
3.113.4	Legale Vereitelung des Subventionszwecks	219

3.12	Montan-Industrie-Ausgleichszahlungen für Importschrott (1954-1958)	220
3.121	Ursachen und Ziele des Schrottausgleichsverfahrens	220
3.122	Insbesondere die Behandlung des US-Heeresschrotts	221
3.123	Übersicht über festgestellte Manipulationen	222
3.124	Die einschlägigen Strafverfahren	225
	Umfang und Ausgang der Strafverfahren - Betroffener Personenkreis - Einschlägige Delikte - Einlassungen der Beschuldigten	
3.125	Typische Einzelfälle	230
	Abgeurteilte Taten (51) - Freisprüche bzw. Außerverfolgungsetzungen (52) - Einstellungen durch die Staatsanwaltschaft (53) - Insbesondere Zollbeamte als Beschuldigte (54)	
3.126	Zusammenfassende Beobachtungen	241
	Vorteile zentral geführter Ermittlungen - Unkenntnis der Zollbeamten vom Ausgleichssystem - Fehlen verbindlicher Ausgleichsrichtlinien	
3.13	Transport- und Verkehrsmärkte	243
3.131	Abwrackaktion in der gewerblichen Binnenschifffahrt	243
	Gesetzlicher Zweck und Vergabeverfahren - Subventionserschleichung durch unrichtige Abwrackbescheinigungen (55-57)	
3.132	Abwrackprämien für Seeschiffe	248
3.133	Erschleichung von Getreidefrachthilfe	248
3.134	Erstattung von Straßenbenutzungsgebühren für Transporte von und nach Berlin	249
3.135	Investitionsprogramm zur Förderung des kombinierten Verkehrs und des Gleisanschlußverkehrs	250
3.14	Regionale Wirtschaftsförderung	250
3.141	Berlinhilfe	251
	Mißbräuchliche Inanspruchnahme von Investitionszulagen (§ 19 Berlinhilfegesetz) (58-59) - Kriminelle Ausnutzung von Abschreibungsmöglichkeiten (§ 14 Berlinhilfegesetz) (60-62)	
3.142	Zonenrandförderung (63)	261
3.143	Sonstige Investitionszuschüsse (64)	263
3.15	Exportförderung und Entwicklungshilfe	265
3.151	Ausfuhrhändler- und Ausfuhrvergütung; Mehrwertsteuererstattung	265
	Rechtsgrundlagen und Zielsetzung der Maßnahmen - Typische Erschleichungsfälle: Verheimlichte Bearbeitung der Exportware (65). Fingierte Exportgeschäfte (66-67)	
3.152	Exportfinanzierung	278
3.153	Entwicklungshilfe	278
	Technische Hilfe - Staatliche Kapitalhilfe: Mißbrauch im Bereich projektgebundener Kredite. Betrug im Zusammenhang mit Warenkredithilfe	
3.2	Kultur- und bildungspolitische Subventionen	284
	Filmwirtschaft - Jugendförderung und internationale Verständigung - Ausgleichszahlungen an Privatschulträger und Schulbuchverbilligung	
3.3	Sozialsubventionen, insbesondere im Bau- und Wohnungswesen	287
3.31	Bauwirtschaft	287
	Schlechtwettergeld - Urlaubsentgelt (68)	

3.32	Sparförderung und Wohnungsbau (Wohnungsbauprämien)	292
	Zweck und Verfahren der Gewährung von Wohnungsbauprämien – Scheinverträge und Strohmanggeschäfte bei der Mehrfachbeantragung (69-70) – Bemerkungen zur Täterschicht	
4	Strafrechtliche Würdigung und Folgerungen	299
4.1	Die strafrechtliche Behandlung des Subventionsbetruges	299
4.11	Rechtsdogmatik und praktische Mängel des § 263 StGB	299
	Konkludente Täuschung und Täuschungsvorsatz – Pauschalisierung des Irrtumserfordernisses – Fragen des Vermögensschadens – Absicht der rechtswidrigen Bereicherung	
4.12	Insbesondere der sog. wirtschaftliche Vermögensbegriff	308
	Normativierung des Schadens – Vermögensschaden durch Leistung an Nichtberechtigten – Funktionaler Vermögensbegriff und öffentliche Haushaltswirtschaft – Zweckverfehlung als Inhalt eines materialen Schadensbegriffs – Einzelne Zwecke der Subventionierung	
4.13	Folgerungen für das künftige Recht	320
	Umschreibung der Täuschungshandlung – Absehen vom Irrtumserfordernis – Materialisierung des Schadensbegriffs? – Inkriminierung der Leichtfertigkeit? – Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit? – Sondertatbestand oder Verweisung auf die Abgabenordnung? – Begrenzung des Täterkreises?	
4.2	Die Behandlung der Beihilfe	334
4.3	Die Normumgehung	337
	Schein- und Umgehungshandlungen, insbesondere im Steuerrecht – Kriterien der Gesetzesumgehung – Strafwürdigkeit der verschleierte Umgehung – Umgehungshandlung und Zeitfaktor	
4.4	Arbeitsteiligkeit und Verantwortungsdelegation	347
	Das Problem und Ansätze zu seiner Lösung – Unbrauchbarkeit des § 50 a StGB – Vorschlag eines Straftatbestandes der Aufsichtsverletzung	
4.5	Rechtsvergleichende Bemerkungen	352
5	Wirtschaftsrechtliche Einzelbetrachtungen	357
5.1	Subventionspolitik als kriminogener Faktor	357
5.2	Kontrollmechanismen und Prävention	359
5.3	Einzelanregungen	361
	Entziehung des Antragsrechts und Insider-Probleme – Buchführungspflicht bei Inanspruchnahme von Subventionen – Beispiele für aktuelle Gesetzgebungsmängel	
5.4	Kriminalitätsanalyse und Wechsel der Subventionspolitik	365
5.5	Verbesserung der Formularpraxis	366
5.6	Vereinfachung des Wirtschaftsrechts und Generalprävention	367
6	Strafrechtliches Ergebnis	369
	Anhang: Empfehlungen der Sachverständigenkommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	370
	Über den Verfasser	375
	Allgemeine und zusammenfassende Literatur	376
	Abkürzungsverzeichnis	380